

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 96 (2021)
Heft: 10

Artikel: Es braucht eine nationale Rüstungsindustrie
Autor: Jenni, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-977219>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Es braucht eine nationale Rüstungsindustrie

Mit Blick auf die unzähligen Konflikte dieser Welt zeigt sich, dass mit Diplomatie allein der Frieden kaum gewährleistet werden kann. Es braucht dazu moderne militärische Mittel, die auch im eigenen Land gewartet werden können.

Peter Jenni

In der Schweiz sind die politisch Verantwortlichen und die Stimmbürger alle paar Jahre aufgefordert, sich mit Volksinitiativen heranzuschlagen, die von den Gegnern der militärischen Landesverteidigung mit dem Ziel lanciert werden, der eigenen Rüstungsindustrie zu schaden und letztlich die Armee abzuschaffen.

Im Vordergrund dieser Vorhaben stehen in der ersten Phase die Exporte von Rüstungsgütern in Länder, in denen teilweise keine demokratischen Verhältnisse herrschen.

Die Schweizer Rüstungsindustrie

Dieser Teil der Industriebasis unseres Landes bietet den rund 10 000 bis 20 000 Beschäftigten hoch qualifizierte Arbeitsplätze und ein sicheres Einkommen. Diese rund 200 Firmen erzielen pro Jahr einen Umsatz von rund 3 Milliarden Franken.

Sie sind unterschiedlich gross und über das ganze Land verstreut. Einige ge-

hören zu grossen ausländischen Konzernen wie General Dynamics (Mowag), Rheinmetall Air Defence (Oerlikon), Thales, Atos. Dazu kommen zahlreiche Zulieferanten.

Die Schweizer Armee ist in den letzten Jahren stark verkleinert worden und die Industrie kann von Aufträgen der Restarmee allein nicht leben.

Alle diese Firmen sind wegen des kleinen einheimischen Marktes für Rüstungsgüter darauf angewiesen, dass sie ihre Produkte auch ins Ausland exportieren können.

Die Industrie kann nur mit Exporten überleben. Hier setzen nun die Armee-Ab-schaffer mit ihren Vorstössen an.

Sie wollen erreichen, dass der erwähnte Industrieteil an den engen Exportvorschriften für den Verkauf ins Ausland scheitert und entweder die Entwicklung und Produktion ins Ausland verlagert oder das Geschäft ganz aufgibt.

Rückzug einer Initiative

Das neueste Beispiel in diesem Zusammenhang ist die sogenannte Korrekturinitiative, die den Export von Rüstungsgütern im Visier hat. Sie fordert kein absolutes Verbot von Kriegsmaterialexporten. Sie verlangt, dass keine Schweizer Waffen in Länder exportiert werden dürfen, die die Menschenrechte verletzen oder in ein Land, das in einen Konflikt verwickelt ist.

In der parlamentarischen Debatte in der Herbstsession 2021 wurde eine Ausnahmeklausel für den Bundesrat bei der Bewilligung von Waffenexporten im Zusammenhang mit der Korrekturinitiative vom Parlament mit bürgerlicher Unterstützung gestrichen. Als Folge dieses Erfolges haben die Initianten entschieden, dass sie ihre Volksinitiative zurückziehen.

Präsidentiale Warnungen

In der Debatte im Nationalrat argumentierte der zuständige Minister, Bundespräsident Guy Parmelin, vergeblich für die Beibehaltung der Ausnahmeklausel. Der Bundesrat wolle diese Möglichkeit. Sie sei eine Notwendigkeit für die Sicherheits- und Aussenpolitik der Schweiz.

Mit der vorgeschlagenen Kompetenz kann der Bundesrat rasch handeln, wenn es um die Wahrung von übergeordneten Interessen der Schweiz gehe. Diese Flexibilität brauche der Bundesrat auch im Interesse der Exportpolitik. Parmelin warnte davor, dass damit auch Offset-Geschäfte gefährdet seien und die betroffenen Firmen die Schweiz verlassen, obschon diese Firmen für die Sicherheit der Schweiz von hoher Bedeutung seien.

Dieser schlechte Parlamentsentscheid bedeutet eine Kehrtwende. Der Bundesrat hatte 2018 den Export von Schweizer Waffen in Bürgerkriegsländer wieder erlaubt. Anschliessend wurde von mehreren Seiten gefordert, den Handlungsspielraum des Bundesrats wieder einzuschränken. Dies ist nun leider geschehen. +



Bild: VBS

Guy Parmelin warb vergeblich für die Beibehaltung der Ausnahmeklausel. Sie sei wichtig für die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz.